

Antrag A002: Soziale Gerechtigkeit in der ökologischen Transformation [neue Version Antragsstellende]

Laufende Nummer: 135

Antragsteller/in:	Bundesvorstand		
Status:	angenommen		
Sachgebiet:	A - Antrag		
Abstimmungsergebnis:	Ja:	(95.200 %)	119
	Nein:	(3.200 %)	4
	Enthaltung:	(1.600 %)	2
	Gültige Stimmen:		125

Der BUND als großer deutscher Nachhaltigkeitsverband tritt ein für eine ökologische und sozial gerechte umfassende Transformation hin zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft und Gesellschaft. Die Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen ist wesentliche Grundlage für soziale Sicherheit und Entwicklung – der Schutz der Gesundheit vor Auswirkungen von Klimawandel, Lärm und Schadstoffen ebenso wie der Schutz der Natur, von Wasser, Luft und Böden, in Stadt und Land.

Der BUND bezieht soziale Ziele schon vielfältig in seiner ökologischen Politik ein. So setzt sich der BUND seit Jahren für die Verbreitung des Stromspar-Checks, für Mieterstromprojekte und Teilhabe an Energieprojekten der Bürger*innenenergie ein. Eine tiefgreifende Transformation wird jedoch nur dann mehrheitsfähig sein, wenn sie auch mehr soziale Gerechtigkeit schafft.

Deshalb fordern wir nicht nur die ökologische, sondern auch soziale Gerechtigkeit ein; beide zusammen sind die tragenden Säulen jeder nachhaltigen Zukunft und Bedingung wie Ziel einer großen Transformation. Grundprinzipien sozialer Gerechtigkeit sind für uns:

- Eine Zielvorstellung für unsere Gesellschaft: Jede*r soll über ein Einkommen verfügen können, das ein Leben in Würde und auch die Chance zur aktiven Teilhabe an der Gesellschaft sichert. Wir treten ein für eine vielfältige Gesellschaft ohne Diskriminierung und in Solidarität miteinander.
- Umweltgerechtigkeit global und national: Die 1,5 Grad-Grenze ist eine unmissverständliche Handlungsaufforderung und völkerrechtliche Verpflichtung der Weltgemeinschaft, vor allem der Industriestaaten. Reichtumskonsum schadet dem Klima und sozial benachteiligte und einkommensschwache Menschen sind besonders von Umweltschäden betroffen. Umwelt- und Klimagerechtigkeit ist Voraussetzung und Bestandteil der sozialen Gerechtigkeit. Als Verband setzen wir uns daher für Umweltgerechtigkeit ein und solidarisieren uns mit der Klimagerechtigkeitsbewegung. Die Industrieländer müssen die volle Verantwortung für die weltweiten Ressourcenverbräuche, Umweltschäden und sozialen Krisen entlang ihrer Lieferketten übernehmen und diese minimieren.
- Soziale Gerechtigkeit bedarf der Stärkung der Demokratie: Dazu gehört es, die Erosion von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch den Abbau von Beteiligungsrechten, die Einschränkung des politischen Mandats kritischer Organisationen, die Behinderung der Organisationsfreiheit sowie die Privilegierung partikularer Lobbys zu stoppen. Wir brauchen stattdessen einen Ausbau der Demokratie sowie die Ausweitung von Partizipation und

Mitbestimmungsrechten in allen Bereichen der Gesetzgebung, der Gesellschaft und auch in der Wirtschaft. In einer pluralistischen Demokratie, die diesen Namen verdient, müssen alle Stimmen Gehör finden können. Gemeinsam mit unseren Kooperationspartner*innen setzen wir uns dafür ein, dass bisher benachteiligte Gruppen (z.B. Migrant*innen, wirtschaftlich schlechter Gestellte) dabei nun mehr Gewicht bekommen.

- Ein Zustand der gerechten Verteilung von Lasten wie Gewinnen der ökologisch notwendigen Transformation: Wir gestalten unsere weitreichende ökologische Politik sozialverträglich und entwickeln Lösungen zur Vermeidung sozialer Härten. Wir ziehen Verursacher*innen zur Verantwortung. Als BUND treten wir für einen Zustand gerechter Verteilung von Einkommen, Vermögen und Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben ein.

Der BUND wird im Wahlkampfjahr und darüber hinaus seine Zusammenarbeit mit Organisationen verstärken, die sich schwerpunktmäßig für die soziale Dimension von Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit einsetzen. Die hier genannten Grundorientierungen sind für den BUND die Basis der Kooperation mit Partner*innen, die unseren ökologischen Forderungen ihre sozialen Forderungen zur Seite stellen. Wir sehen in dieser Kooperation eine Bereicherung für *beide* Seiten, da wir in solchen Kooperationen die Partner*innen auch für die ökologischen Kernforderungen des BUND gewinnen können. Diese Arbeit wird nach der Wahl fortgeführt werden. Wir werden eigene Kompetenzen in dem Maße ausbauen, wie dies für eine erfolgreiche Arbeit für eine große sozial-ökologische Transformation notwendig ist.

Begründung

Die ökologischen Krisen stellen uns vor Herausforderungen, die breit angelegt sind. Aus ökologischer Sicht gehören dazu insbesondere die überfällige Konzentration der Politik auf die 1,5° Obergrenze der Erderhitzung bis 2050, die Beendigung des Artensterbens und die Wiederherstellung von Lebensräumen, die Entgiftung der Umwelt und der Schutz der Gesundheit („One Health“). Der dafür notwendige Strukturwandel wird massiv sein. Er wird den Ausstieg aus unökologischen Technologien, Produkten und Infrastrukturen umfassen und soziale Wirkungen nach sich ziehen. Schon 2016 hat die Bundesdelegiertenversammlung mit ihrem Beschluss zu den Verbandsentwicklungszielen in Ziel 1 festgehalten: „Der BUND schärft sein Profil als Verband, der soziale Aspekte einbezieht – global und hierzulande – v.a. im Hinblick auf Wohlstand und Gerechtigkeit“. Soziale Gerechtigkeit ist ein ethischer und moralischer Grundwert. Sie ist als solcher fest verankert in den Zielen der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen. Soziale Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt sind aber mehr als ein Wert an sich. Eine gesicherte Lebensgrundlage ist auch Voraussetzung dafür, dass die Menschen mit den notwendigen Umbrüchen zurechtkommen und sie akzeptieren – nur so wird eine weitreichende ökologische Transformation möglich. Ohne eine Stärkung der sozialen Gerechtigkeit wird es kaum gelingen, die politische Kehrtwende hin zu einer Politik zu vollziehen, in der jeder Beschluss unter „Nachhaltigkeitsvorbehalt“ steht, und nicht wie heute unter „Wachstumsvorbehalt“.

Für den BUND bedeutet das:

1. Soziale Gerechtigkeit als Zielzustand

Wirtschaft darf kein Selbstzweck sein; sie muss ökologischen wie sozialen Zielen dienen. Deshalb

fordert das BUND- Konzept des Umweltraums seit mehr als 20 Jahren Obergrenzen für den Ressourcenverbrauch und Untergrenzen für die soziale Sicherung. Diese sollen sicherstellen, dass nicht nur jede*r über ein Einkommen verfügt, dass ein Leben im Würde ermöglicht, sondern auch die Chance zur aktiven Teilhabe an der Gesellschaft bietet. Die Obergrenzen kann man inzwischen mit Hilfe der planetaren Grenzen bestimmen – im Projekt Ressourcenwende arbeiten wir weiter an einer Konkretisierung dieser Forderung. Die Untergrenzen der sozialen Sicherung wurden von der Generalversammlung der Vereinten Nationen als „Social Protection Floor“ beschlossen.^[1]

Uns ist bewusst, dass diese Beschlüsse der Vereinten Nationen bisher ihre Ziele nicht erreicht haben, und dass im Gegenteil die globale und nationale Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen ständig gestiegen ist. Eine Studie von OXFAM zeigt, dass im Jahre 2020 die weltweit 2153 Milliardäre über so viel Vermögen verfügten wie 60 % der Weltbevölkerung, also 4,62 Milliarden Menschen. 63 Millionen Menschen - das reichste Prozent der Weltbevölkerung – waren zwischen 1990 und 2015 für mehr als doppelt so viele klimaschädliche Kohlendioxid- Emissionen (CO₂) verantwortlich, wie die ärmere Hälfte der Menschheit im gleichen Zeitraum zusammen. Die Schere hat sich seitdem in der Corona-Krise weiter geöffnet.

Deutschland hat im Euroraum eine der ungleichsten Vermögensverteilungen; die oberen zehn Prozent der Bevölkerung besitzen gut zwei Drittel des Nettovermögens. Allein das reichste Prozent der Bevölkerung vereint rund 35 Prozent des Vermögens auf sich. Gleichzeitig wissen wir, dass sozial benachteiligte Menschen besonders von Umweltschäden oder –belastung betroffen sind. Dass der Handlungsbedarf enorm ist, hat die Corona-Krise besonders deutlich sichtbar gemacht: Zum Beispiel sind oft Berufe, in denen Menschen - vielfach unter mangelhaftem Gesundheitsschutz - zentrale Aufgaben für das Gemeinwohl leisten, durch schlechte Arbeitsbedingungen und Niedriglöhne gekennzeichnet. Exemplarisch sei hier auf die Ausbeutung von Wanderarbeiter*innen unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen, nicht nur in der Fleischindustrie, sondern unter anderem auch in der Landwirtschaft, verwiesen.

2. Soziale Gerechtigkeit als Stärkung der Demokratie

Als basisdemokratischer Verband hat die Forderung nach der Stärkung von Mitwirkungsmöglichkeiten im BUND Tradition. Wir kennen die Vorteile einer frühzeitigen Partizipation und von effizienten Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen aus unserer täglichen Arbeit. Wir wissen, dass es Organisationen stärkt und weiterentwickelt, wenn in einer Kultur des Vertrauens und der gegenseitigen Anerkennung möglichst viele Menschen aus unterschiedlichen Perspektiven mitdenken und mitgestalten. Im BUND wissen wir um die Bedeutung von Teilhabe, Partizipation und Demokratie für eine tiefgreifende Transformation. Diese Haltung drückt sich z.B. auch in unserem Engagement für eine Rekommunalisierung von Energienetzen, für Bürger*innenenergie und Ernährungsräte aus. Sie zeigt sich auch in unserem Einsatz für bundesweite Volksentscheide und in unseren Erfolgen bei den Volksbegehren der Landesverbände. Schon heute setzt sich der BUND vielfach für gemeinwohlorientiertes, kooperatives Wirtschaften ein - dieses Engagement werden wir weiter ausbauen. Denn als BUND wissen wir: nur durch Teilen und Teilhabe entsteht Wohlfahrt. Diese stärken die Sinnhaftigkeit des eigenen Handelns und nicht zuletzt die Gemeinschaft, denn nicht alle Beteiligte haben aktuell das gleiche Recht oder gleiche Zugänge, um auf kollektiv bindenden Entscheidungen einzuwirken. Zur Teilhabe gehört für uns als BUND auch die Demokratisierung von Wirtschaftsbereichen, unter anderem zur Ermöglichung von guter Arbeit.

Die Möglichkeit, ein Leben in Würde und mit aktiver Teilnahme an der Gesellschaft zu führen ist Kern der sozialen Nachhaltigkeit. Neben einer gerechteren Verteilung erfordert das den Zugang zu kulturellen und politischen Prozessen:

- **räumlich**, indem erschwingliche umweltverträgliche Mobilität sichergestellt wird,
- **qualifikatorisch**, indem gute Bildung für alle als öffentliches Gut geboten wird,
- **sozial**, indem Diskriminierungen und Exklusionen aller Art abgebaut werden,
- **monetär**, indem durch Mindestlöhne und soziale Transfers ein Grundeinkommen gesichert wird, das Teilhabe ermöglicht,
- **prozessual**, indem Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte in allen Bereichen der Gesellschaft, also auch in der Wirtschaft, ausgebaut werden, unter anderem zur Ermöglichung von guter Arbeit.

Diese Definition umfasst unter anderem Bereiche wie den **gerechten und gleichen Zugang** zu Erwerbsbeschäftigung, Bildung, Unterkunft, medizinischer Versorgung, sauberer Lebenswelt und Möglichkeiten der sozialen Vernetzung.

3. Soziale Gerechtigkeit in Strukturwandel und Transformation

Mit einer Transformation, dem Übergang zu einer Umweltpolitik, die nicht nur auf Modernisierung bestehender Strukturen und Prozesse, sondern vor allem auch auf Strukturwandel abzielt, ändern sich Konfliktstrukturen, Interessenlagen und Kräfteverhältnisse. Spannungen werden im notwendigen Umbau und Rückbau von ökologisch problematischen Wirtschaftsstrukturen besonders sichtbar. Das zeigte sich beim Atomausstieg und gegenwärtig beim beschleunigten Kohleausstieg, und wird sich zuspitzen, z.B. beim Ausstieg aus Verbrennungsmotoren insbesondere im Verkehr und einer Größenbegrenzung der Bioökonomie. Solche tiefgreifenden Umbauprozesse werden ohne eine Stärkung der sozialen Absicherung, Transparenz, Beteiligung und Gerechtigkeit kaum durchführbar sein. Wie eingangs erwähnt, würden Prozesse erhebliche soziale Härten mit sich bringen, wenn diese nicht unter aktiver Einbeziehung der Beschäftigten, ihrer Vertreter*innen und der Zivilgesellschaft durch Gegenmaßnahmen vorbeugend entschärft werden. Als Umweltverband, der für eine tiefgreifende Transformation zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft und Gesellschaft einsteht, werden wir in unseren Politikvorschlägen weiterhin Verteilungswirkungen klar in den Blick nehmen, und so Vorschläge in die politische Diskussion bringen, die weitreichend und weitsichtig eine ökologische Politik sozialverträglich gestalten. Exemplarisch für einen solchen Ansatz sind die BUND-Forderungen nach einem Abbau umwelt- und sozialschädlicher Subventionen und die Nutzung der so freiwerdenden ca. 30 Milliarden Euro pro Jahr für einen Zukunftsinvestitionsfonds, der insbesondere dazu beiträgt, sozialen Härten durch den Umbau der Wirtschaft vorzubeugen. Ein anderes Beispiel ist die BUND-Forderung nach einer CO₂-Steuer-Reform mit Ökobonus, der insbesondere den unteren Einkommensgruppen zugutekommen würde. Die Verursacher von Umweltschäden müssen insgesamt stärker in die Verantwortung genommen werden, und durch ein starkes Lieferkettengesetz auch haftbar gemacht werden.

Wir haben auch erfahren müssen, wie die vom Status quo profitierenden Kreise versuchen, soziale und ökologische Zukunftssicherung, Arbeit und Umwelt gegeneinander auszuspielen und so Bündnisse für eine sozial-ökologische Transformation zu spalten und für die Zukunft unmöglich zu machen. Wir suchen die Kooperation mit Sozialverbänden, Gewerkschaften und anderen

Unterstützer*innen der sozialen Gerechtigkeit auch deshalb, um diese Bemühungen zum Scheitern zu verurteilen. Aus dieser Haltung sind wir Mitglied im Bündnis „Reichtum umverteilen“ geworden.

In diesen Kooperationen stellen wir klar, dass wir es nicht hinnehmen, fortlaufend das Märchen vom unendlichen Wachstum auf einem endlichen Planeten hören zu müssen und stattdessen für ein Wirtschaftssystem eintreten, das die ökologischen Grenzen einhält und dabei für soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Stabilität und gerechte Verteilung sorgt, ohne dabei von Wirtschaftswachstum abhängig zu sein. Dafür werden wir als BUND in Zukunft unsere bisherigen Vorschläge zu wachstumsunabhängigen sozialen Sicherungssystemen weiterentwickeln und verstärkt in die politische Diskussion einbringen. Wachstum geht immer einher mit einem Anstieg des Ressourcenverbrauchs, den wir uns schlicht nicht mehr leisten können, wenn wir unser Überleben auf diesem Planeten sichern wollen.

[\[1\] A/RES/66/288 \(https://digitallibrary.un.org/record/735892?ln=en\)](https://digitallibrary.un.org/record/735892?ln=en)